

Bewerkschaftliche Rundschau

Zeitschrift des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen

Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und des Deutschen-Gewerkschaftsbundes.

Erscheint alle 14 Tage.

Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 Goldmark.

Anzeigen: Die dreispaltige mm-Zeile 0,15 Mark.

Hauptgeschäftsstelle: Köln, Jülicher Straße 27.

Telefonnummer 212262.

Redaktionschluss: Montag vor Erscheinen.

Korruption.

Der eigentliche Sinn der Wirtschaft ist die Bereitstellung derjenigen Güter und Mittel, die das Volk bedarf, um seinen natürlichen Aufgaben gerecht werden zu können. Also die Beschaffung der notwendigen Güter zur Befriedigung der leiblichen Bedürfnisse, wie Nahrung, Kleidung, Wohnung und darüber hinaus auch der Bedürfnisse geistiger, kultureller Art. Wo diese Aufgabe zurückgestellt wird, wirtschaftliche Betätigung nur das Mittel sein soll dem Bestreben, dem Eigennutz, ohne Rücksicht auf die berechtigten Belange der Mitmenschen, Vorschub zu leisten, ist das Wirtschaften nicht mehr sittliche Pflichterfüllung, die Arbeit kein Gebot mehr. Das höchste christliche Gebot: Liebe deinen Nächsten wird dadurch verleugnet.

Unsere moderne kapitalistische Wirtschaftsweise stellt nun den Gewinn, anstatt den Menschen in den Mittelpunkt alles wirtschaftlichen Geschehens. Der Gewinn, der höchste Uberschuss, soll angeblich die stärkste Triebfeder für den wirtschaftlichen, nationalen und zivilisatorischen Fortschritt sein. Dabei kann es selbstverständlich nicht ausbleiben, daß die Gebote der Gerechtigkeit und der Liebe zu kurz kommen, die christlichen Sittengesetze als dem wirtschaftlichen und nationalen Fortschritte hinderlich angesehen und außer Kurs gesetzt werden. Selbst der staatlichen Gewalt, als dem Hüter des Gesamtwohls, die durch Gesetze und Gerichte deutlich und konkret die Grenzen des Erlaubten und Unerlaubten aufstellt, wird, wenn eben möglich, ein Schnippchen zu schlagen versucht. Bei jenen Vertretern des kapitalistischen Systems, wo die sittlichen und moralischen Bedenken gefallen, wo der Zweck des Lebens im Erkrassen, Genuß und in Macht gesucht wird, gilt der Wahlspruch: Mein Sohn, mache Geld, wenn es geht, auf ehrliche Weise, aber mache Geld.

Nur noch die Furcht, der rächenden Hand der staatlichen Gewalt zu verfallen, ist bei diesen Leuten der letzte Hemmschuh. Und auch der erweist sich nicht immer stark genug, um das Schlimmste zu verhindern.

Zwei Vorkommnisse in der letzten Zeit zeigen wie im Blicklicht, wie verfault und verrottet die geschäftliche Moral und Sittlichkeit in manche Kreise ist. In Frankfurt am Main verspekuliert, verprahlt und vergeudet ein junger Direktor einer Versicherungsgesellschaft die ihm anvertrauten Gelder, die in die Millionen gehen. Protektion und Gunst haben ihn auf diesen Posten gebracht. Und der Aufsichtsrat dieser Gesellschaft, nach Gesetz und Recht dazu berufen, zu überwachen und zu prüfen, weiß von alledem nichts. Wohl streicht er Jahr für Jahr die für ihn bestimmten Lantien, für die er nichts tut und die mehr ausmachen wie hundert fleißige Arbeiter im Jahr verdienen, ein. Arbeitsloses Eintommen ohne jede Gegenleistung. Als einzige Entschuldigung weiß er nur vorzubringen, „die anderen machen es auch so“. Wenn auch in diesem Falle nicht die Versicherten direkt ihre sauer-erparten Mark gänzlich verloren haben, bestimmt aber werden nicht die Kapitalisten, sondern die Sparer in irgendeiner Form die verlorenen Summen wieder einbringen müssen.

Recht deutlich hat sich an diesem Falle wieder gezeigt, wie unzulänglich die gesetzlichen Vorschriften noch sind, um der-

artige Korruption im Wirtschaftsleben zu vermeiden. Wenn Sittlichkeit und Moral nicht mehr ausreichen, muß eben die staatliche Gewalt durch ihre Gesetze und Gerichte die Grenzen der freien wirtschaftlichen Betätigung enger ziehen.

Der zweite Fall spielt sich bei der Verwaltung der Reichshauptstadt ab. Die Firma Sklarek hat mit der Stadt Berlin einen Vertrag, der ihr die Lieferung sämtlicher Kleidungsstücke auch für die Wohlfahrtsempfänger monopolartig überträgt.

Nicht nur, daß sie auf Grund des Monopolvertrages nach den Gesetzen zulässige horrenden Gewinne auf Kosten der Gesamtheit und der Ärmsten der Armen machen kann, damit nicht zufrieden werden allerlei dunkle Schiebergeschäfte gemacht, die mehr wie jedes reelle Geschäft einbringen. Damit nicht genug, verstand es die Firma durch plumpe Fälschungen sich bei der Stadtbank einen Kredit zu verschaffen, der in die Millionen geht und für den keine Deckung vorhanden ist. Die Stadt Berlin wird voraussichtlich mit rund 10 Millionen Mark Verlust zu rechnen haben. Die erzielten Gewinne wurden von den drei Inhabern der Firma in kostbaren Villen und Jagdschlössern, bei Setzgelage mit weiblichem Zubehör, in Rennställen mit Saus und Braus verprakt.

Unerklärt ist dem einfachen Menschenverstande, wie ein derartiger Sausfall, der zum Himmel flinkt, bei einer Stadtverwaltung angetroffen werden kann. Unerklärt, wie ein derartiger Betrug von einer gewissenlosen Firma verübt werden konnte, ohne Wissen und Zustimmung verantwortlicher Faktoren der Stadtverwaltung? Wenn nur der hundertste Teil der Gewissenhaftigkeit, mit der sonst die Städte, angeblich durch die Finanzlage dazu gezwungen, jeden Pfennig Lohnerhöhung ablehnen, die Bezahlung einer geleisteten Ueberstunde auf ihre Berechtigung zehnmal nachzuprüfen, vorhanden gewesen wäre, hätte diese Korruption nicht einreißen können. Bis heute steht fest, daß eine Reihe von höheren städtischen Beamten in privaten geschäftlichen Verbindungen mit der Kleiderfirma gestanden haben, die, ohne der gerichtlichen Untersuchung vorzugreifen, zumindest aus Reinlichkeitsgründen nicht gützuheißen sind. Ergibt die Untersuchung den Verdacht der passiven Bestechung, ist diesem Verdacht mit aller Gründlichkeit nachzugehen. Wenn unlängst ein kleiner Postbeamter wegen angeblicher Unterschlagung von 5 Mark zu Ruchthaus und Dienstentlassung ohne Pension, ein beamteter Straßenbahner wegen angeblich absichtlichem Verkauf eines gebrauchten Fahrscheins mit Dienstentlassung bestraft wurde, entspricht es dem Volksempfinden, wenn den Großen gegenüber mit gleichem Maße gemessen wird.

Der Berliner Skandal hat aber noch eine andere, mehr parteipolitische Seite. In keiner anderen Stadt hat die Sozialdemokratie soviel Einfluß wie in Berlin. Nicht nur in der Stadtverordnetenversammlung, sondern auch in der Verwaltung. Dort gibt es kein öffentliches Amt, kein Zweig der Stadtverwaltung, wo die Genossen nicht dirigierend vertreten sind.

Ohne irgendwie die Verfehlungen eines einzelnen Mitgliedes der Partei dieser an die Rockschöße zu hängen (die drei Brüder Sklarek waren eingeschriebene Mitglieder der

Sozialdemokratischen Partei) muß doch gesagt werden, der starke Einfluß der Genossen hat den Skandal nicht verhindert, wohl aber durch Protektion unfähiger Beamten der Korruption die Wege geebnet.

Wie der „Deutsche“ mitteilt, hatte ein Beamter des restlos von Genossen besetzten Rechnungsbüros festgestellt, daß für 55 000 RM. nichtgelieferte Ware an Sklarek bezahlt worden waren. Er teilte das seiner vorgelegten Behörde mit und wurde 24 Stunden darauf — verhaftet.

Typisch ist auch ein zweiter Fall, der in diesen Tagen vor einem Berliner Gericht abgeurteilt wurde. Ein Kassenbote will Beamter werden, fällt aber zweimal im Examen durch. Doch hat er einen sozialdemokratischen Stadtrat als Freund. An den wendet er sich, und jetzt besteht er nicht nur glänzend das Examen, sondern er wird in wenigen Monaten Oberverwaltungssekretär und dann gar Hauptkassierer bei der Stadtbank. Als er jetzt wieder befördert wurde, prüfte sein Nachfolger Bücher und Kasse, und siehe da, es fehlten 162 000 RM., die im Laufe von Jahren verschwunden waren, trotz Vorgesetzter und Revisionen. Als die Unterschlagungen entdeckt wurden, erschloß sich einer der Vorgesetzten.

Der Bezirksbürgermeister Schneider hat ein städtisches Gebäude (die Feuerwache in der Mauerstraße) vermietet. Der mit einem Privatmann (Fleischer u. Bratsch) abgeschlossene Mietvertrag lautete dahin, daß Fleischer u. Bratsch das Haus von der Stadt auf die Dauer von 30 Jahren mietet und dafür einen Mietpreis von sage und schreibe jährlich 4000 RM. entrichtet. Dieselbe Firma hat dann

sofort einen Teil des Gebäudes zu einem jährlichen Mietpreis von über 100 000 RM. weitervermietet.

Wer so wenig die Interessen der Stadt wahr, wie es in diesen Fällen geschehen ist, hat gewiß nicht den Beweis erbracht, den Posten ausfüllen zu können und sollte baldmöglichst entfernt werden. Wer, wie die Sozialdemokratie, immer wieder die schärfste Kritik an die im öffentlichen Leben stehenden Personen anlegt, die nicht ihrer Partei angehören, hat die doppelte Verpflichtung auf Reinlichkeit in den eigenen Reihen zu achten.

Ein gefundenes Fressen bedeuten die Berliner Vorgänge für die Gegner der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden überhaupt. Damit wird der dortige Skandal zu einer Angelegenheit, die der Gesamtheit der städtischen Arbeitnehmer nicht nur den Beamten und Angestellten, sondern auch der Arbeiterschaft besonders nahe angeht. Verschiedentlich sucht eine rein privatkapitalistisch eingestellte Presse die bedauerlichen Vorgänge gegen das System auszunutzen. Demgegenüber muß immer wieder darauf verwiesen werden: unehrliche gewissenlose Lumpen gibt es in der privatkapitalistischen Wirtschaft genau so gut wie in der Gemeinwirtschaft. Da es aber bei letzteren sich um öffentliche Gelder handelt, die von der Gesamtheit aufgebracht und den Verwaltungen anvertraut werden, kann das Verantwortungsgesühl nicht scharf genug ausgeprägt sein.

Dieses aber wird gestärkt durch den dem Kapitalismus und Sozialismus eigenen Machtgedanken, sondern nur, wenn die im Christentum verankerten Gemeinschaftsbindungen stärker gepflegt werden.

Arbeiterinteresse und Wirtschaftspolitik.

Von F. Baltrusch, M. d. R.

Die Gewerkschaften haben ganz zweifellos auf sozialpolitischem Gebiet — besonders in der Nachkriegszeit — Großes geleistet. Jetzt gilt es, das Errungene gegen die Angriffe der immer auf der Lauer liegenden Reaktion zu halten und, was noch wichtiger ist, auszubauen. Der Kampf um einen der Rationalisierung, der fortgeschrittenen Technisierung und der verteuerten Lebenshaltung entsprechenden Lohn und um eine angemessene Arbeitszeit ist und bleibt im Gange und muß für die breiten Schichten der Arbeitnehmer noch zu viel besseren Resultaten als bisher führen. Daneben wird um den Ausbau des Arbeitsrechts und des Arbeitsschutzes sowie um die Berufsbildung und den Berufsschutz der erwerbstätigen Jugend gerungen. Diese gewerkschaftliche Arbeit, die erst dem jungen sozialen Volksstaat nach und nach sein Gepräge geben wird, ist notwendig und unausweichlich. Es ist auf die Dauer eine völlige Unmöglichkeit, daß ein sozialer Volksstaat wie der deutsche ein so großes Proletariat besitzt. 26,5 Millionen Deutsche haben ein Einkommen aus Arbeit, 19,5 Millionen davon verdienen jährlich weniger als 2000 Mark — das sind im Monat kaum 165 Mark. 10,4 Millionen von diesen armen Menschen haben ein Einkommen, das nicht einmal steuerpflichtig ist, d. h. sie verdienen unter 100 Mark im Monat oder werden bei dem niedrigen Einkommen durch den Besitz einer Reihe Kinder steuerfrei. Von den rund 3½ Millionen versicherten Angestellten zahlen zwei Drittel der Mitglieder der Angestelltenversicherung Beiträge in einer Gehaltsklasse von unter 200 Mark im Monat. Welch ein Heer proletarisierter Arbeiter und Angestellter! Wenn auch ein Teil von den 26,5 Millionen auf Arbeit angewiesenen Deutschen noch Zusatzeinkommen aus Besitz erhält, so wird dadurch die große Not in den breiten Schichten der Arbeitnehmer kaum merklich beeinflusst.

Zu diesem Lohnelend tritt noch die große Arbeitslosigkeit und die enorme Preissteigerung durch die monopolistischen Bestrebungen der Produktions- und Handelskreise, insbesondere der Kartellkartellfabrikanten. Die Arbeiterschaft wird daher in Zukunft sehr viel mehr als bisher auch der Wirtschaftspolitik ihr Augenmerk zuwenden müssen. Dazu gehört natürlich auch die Steuer- und Zollpolitik. Gewiß sind insbesondere in der Steuerpolitik durch sachkundige Angestellte der christlichen Gewerkschaften und durch christlich-nationale Arbeitnehmerabgeordnete dankenswerte Fortschritte erzielt

worden. Es wurde erreicht, was zunächst zu erreichen war. Aber trotzdem ist die direkte und insbesondere auch die indirekte Steuer- und die Zolllast, die auf den Schultern der Arbeiterschaft ruht, im Verhältnis zu den anderen Volksschichten zu groß. Hier müssen Erleichterungen geschaffen werden.

Am allerwichtigsten für die Arbeiterschaft aber ist die rechtzeitige und dauernde Arbeitsbeschaffung und die Hebung des Reallohns. Von zwei Seiten können die Bestrebungen, Arbeit zu beschaffen, diese richtig zu verteilen und die Kaufkraft des Lohnes zu heben, unterstützt werden. Die eine Seite ist die endliche Durchziehung der richtigen und rechtzeitigen Herausgabe und Verteilung der kolossalen Bedarfsaufträge, und die andere Seite ist die Beeinflussung der immer mehr um sich greifenden Monopolpreise für Lebensmittel und tägliche Bedarfsartikel durch öffentliche Kritik, durch genossenschaftliche Selbsthilfe und durch gesetzliche Maßnahmen. Auf diesen äußerst wichtigen wirtschaftlichen Gebieten sind die christlichen Gewerkschaften ebenfalls mit Erfolg tätig gewesen. Es ist nach jahrelangen Bemühungen den christlichen Gewerkschaften gelungen, die öffentliche Meinung und die Reichsregierung dafür zu gewinnen, daß die Lieferungs- und Leistungsaufträge des Reiches und der Länder sowie schließlich auch der Kommunen benutzt und zweckmäßig eingesetzt werden, um wenigstens eine Abflachung der starken Saisonschwankungen zu erzielen.

Die Aufträge des Reiches, der Länder und der Kommunen betragen schätzungsweise alljährlich zwischen 7000 bis 8000 Millionen Mark. Wenn auch nur ein kleiner Teil dieser gewaltigen Aufträge, vielleicht 10 Prozent, in Zeiten guter Konjunktur womöglich zwei Jahre lang zurückgestellt würden, könnte man rund 750 000 Arbeitslose während einer wirtschaftlichen Depression ein Jahr lang mit wertvoller Arbeit über Wasser halten. Wenn wir aber von diesem theoretischen Beispiel absehen, so ist es bei einigermaßen gutem Willen den behördlichen Beschaffungstellen zum mindesten möglich, die große Arbeitslosigkeit in der „Schlappenzeit“ — besonders aber im Winter — zu mildern.

Die Maßnahmen des Reichswirtschafts- und Reichsarbeitsministeriums, die insbesondere auf Grund von Anregungen und Anträgen der christlichen Gewerkschaften nunmehr in dieser Hinsicht getroffen werden, können den guten Anfang einer planmäßigen Beeinflussung der Saisonschwankungen bilden. Seit dem Januar ist die von den christlichen

Gewerkschaften geforderte Statistik über die Vergebungen des Reiches und seit dem 1. April auch über die der Länder in Angriff genommen und soll demnächst auch auf die Kommunen ausgedehnt werden. Die Etatsvorschriften in den Reichs- und Länderressorts werden durchgeprüft, ob Änderungen in denselben notwendig sind, um den Schwankungen in der Wirtschaft Rechnung zu tragen und vor allem um die Uebertragbarkeit von Etatsmitteln zu erreichen. Mit den Beschaffungsressorts werden gemeinsame Grundzüge aufgestellt, nach denen verfahren werden soll. Die Landesarbeitsämter sind gemäß einem Erlaß des Reichswirtschafts- und des Reichsarbeitsministeriums vom 28. Juni 1929 und des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 23. Juli 1929 aufgefordert worden, mit den Beschaffungsstellen, also vor allem mit den Reichsbahndirektionen, den Oberpostdirektionen, den Wasserbauämtern, den Landes- und Finanzämtern, den Landes- und Provinzialverwaltungen sowie den kleinen und größeren Städten in ihren Bezirken fortlaufend Fühlung zu nehmen und auf eine zweckmäßige Verteilung der öffentlichen Aufträge im Sinne des Ausgleichs der Konjunktur- und Saisonschwankungen hinzuwirken.

Ein verbesserungsvoller Anfang zu einer vernünftigen Arbeitsbeschaffung und -verteilung durch die alljährlich wiederkehrenden großen behördlichen Aufträge ist also gemacht. Ein wesentlicher wirtschaftlicher Erfolg ist damit auch für die Arbeiterschaft erzielt worden.

Auch auf dem Gebiete der Beeinflussung der monopolistischen Preisgebarung, besonders hinsichtlich der überhöhten Monopolpreise für die Markenartikel, haben die christlichen Gewerkschaften durch ihre fortwährende Kritik im „Deutschen“, in den Verbandsorganen und in ihren Korrespondenzen wesentliche Erfolge zugunsten der Arbeiter erzielt. Die Spitzenverbände des Handels haben teils unter dem Druck der öffentlichen Meinung und auch auf Betreiben vieler Detaillisten den „Schutzverband der Markenartikelfabrikanten Deutschlands“ gezwungen, auf seine Mitgliedergruppen einzuwirken, die Preisdiktate zu lockern. Der „Schutzverband der Markenartikelfabrikanten G. B.“ mußte schließlich dahin nachgeben, daß bei Markenartikeln der Gruppe B die starre Preisbindung der Händler aufgehoben und Preisnachlässe gegeben werden können. Die Gruppe B der Markenartikel umfaßt (und das ist das Wichtige an dieser Preislockerung) Nahrungsmittel, Kolonial- und Materialwaren, wie z. B. Zucker, Margarine, Konserven, Schoka-

sade, Kindermehl, Honig, sonstige Nahrungsmittel sowie Backpulver, Kaffeezusatz, Waschmittel, Schuhpuß, Farben usw.

Auch die Gerichte, die bisher die rentenmäßig gesicherten Nutznießer der kartellmäßigen Preisbindungen ausnahmslos schützen und auf Grund des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb eine gegen das gesunde Volksempfinden stehende Judikatur ausüben, nehmen schon hier und da eine andere Stellung gegen früher ein. Es ist auch mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß die Untersuchungen und Vernehmungen des Enquete-Ausschusses im Kartell- und Markenartikelmwesen in ihren Ergebnissen dem angestrebten stärkeren Verbraucherschutz nicht abträglich sein werden. Auch hier werden niedergelegte Äußerungen der Vertreter der christlichen Gewerkschaften bzw. des DGB. ihren Einfluß nicht verfehlen. Die sachliche, aber energische und zähe Kritik der Publikationsorgane der dem DGB. und dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Verbände an den monopolistischen Preisgebarungen darf unter keinen Umständen verstummen. Die Hebung des Reallohnes kann auch durch eine wirksame Preisbeeinflussung geschehen.

Im übrigen haben die Gewerkschaftler auch noch das Mittel der genossenschaftlichen Selbsthilfe. Die entscheidende Beeinflussung der Preisgestaltung, die für die Kaufkraft des Lohnes von größter Bedeutung ist, kann hauptsächlich durch den genossenschaftlichen Mitbesitz in der Wirtschaft erfolgen. Nichts hindert die Massen der Arbeitnehmer, die genossenschaftliche Wirtschaftsmaschinerie aufs stärkste anzuspannen und die gewonnenen Güter den Genossenschaftlern zuzuführen. Leider steht immer noch innere Schwäche, Erkenntnisunfähigkeit und unsolidarisches Verhalten der Massen der Verbraucher der praktischen Höchstentwicklung der großen Genossenschaftsidee entgegen. Immerhin betragen die Jahresumsätze der Konsumgenossenschaften schon fast 1,5 Milliarden Mark. Wenn man in Betracht zieht, daß jährlich rund 22—23 Milliarden Mark an Löhnen allein durch die Hände der Hausfrauen für tägliche Lebensmittel und Bedarfsartikel gehen, dann erkennt man, welch ein ungeheurer Einfluß durch die weitere Organisierung und Befriedigung des Bedarfs durch die Konsumgenossenschaften auf Preis- und Produktionsgestaltung ausgeübt werden kann, wenn die Arbeitnehmer und ihre Frauen es nur wollen. Die Pionierarbeiten sind geleistet und bedeutungsvolle Anfangserfolge zu verzeichnen. Selbsthilfe ist auch hier die beste Hilfe.

Ein Gewerkschaftsjubiläum.

Franz Weigler 25 Jahre Gewerkschaftsbeamter.

In der vergangenen Woche konnte der Kollege Weigler, Bezirksleiter unseres Verbandes in München, auf eine 25jährige Tätigkeit als Gewerkschaftssekretär zurückblicken. Als der von dem verstorbenen Johann Braun gegründete „Verband der nichtgewerblichen Arbeiter“, wie damals der Verband der Hilfs- und Transportarbeiter hieß, dem auch die Gemeindegewerkschaften und Straßenbahner angehörten, 1904 so weit erstarkt war, um einen zweiten Beamten anstellen zu können, fiel die Wahl auf Franz Weigler. Ein äußerst steiniger Boden war es, auf dem Kollege Weigler zu arbeiten gestellt wurde. Galten doch damals noch die ungelerten und angelernten Arbeiter vielfach als organisationsunfähig.

Neben der Interessenslosigkeit der Kollegenschaft, dem Widerstande der Arbeitgeber, dem wüsten Kampfe der Genossen gegen den jungen Verband, kamen noch Schwierigkeiten im Innern des Verbandes selbst.

Als 1906 der Gründer des Verbandes, Johann Braun, starb, oblag dem jungen Weigler zeitweise nicht nur die Leitung der Werbearbeit, sondern auch die Leitung des Verbandes insgesamt, der Verbandszeitung und die Sorge für die Aufbringung der notwendigen Mittel. Wochenbeiträge von zehn bis zwanzig Pfennig zwangen die Verbands-

leitung, mit der größten Sparsamkeit, unter Einschränkung der Ausgaben auf das Allernotwendigste, zu arbeiten.

Trotzdem gelang es, den jungen Verband vorwärtszubringen. Als 1912 auf dem Verbandstage in Hannover die Aufteilung des Verbandes, der bisher als Sammelverband galt, beschlossen wurde, waren bereits 18 000 Mitglieder vorhanden.

Kollege Weigler übernahm nach der Neuordnung die Bezirksleiterstelle in München für den Verband der Gemeindegewerkschaften und Straßenbahner sowohl, wie für den Verband der Militärarbeiter, um dann 1919, nach der erneuten Umgruppierung der Verbände, die Bezirksleiterstelle in unserem Verbande zu übernehmen. Die starke Position unseres Verbandes in Bayern ist vornehmlich das Verdienst unseres Jubilars. Seinem Eifer und seiner Diensttreue ist es vornehmlich zuzuschreiben, wenn heute die christlichen Gewerkschaften in Bayern gleichberechtigt anerkannt sind und ihre reichhaltige Tätigkeit für den sozialen und kulturellen Aufstieg der Arbeitnehmer ausüben können.

Wir glauben daher eine Dankeschuld abtragen zu müssen, wenn wir dem Kollegen Weigler auch an dieser Stelle, wohl im Namen aller Mitglieder, die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zu seinem Jubeltage zum Ausdruck bringen.

Gegen das Berechtigungsunwesen.

Es ist bekannt, daß die Zahl der heute an den deutschen Hochschulen Studierenden im Vergleich zum Sommersemester des vergangenen Jahres eine Steigerung um 11,4, im Vergleich zum Jahre 1911 um 30 Prozent erfahren hat, während die Steigerung an den Technischen Hochschulen gegen die Vorkriegszeit 87, an den Handelshochschulen mehr als 90 Prozent beträgt. Welche beängstigenden Formen der Zubrang zu den Stätten der Wissenschaft angenommen hat, das zeigt vor allem das Frauenstudium; die Zahl der Studentinnen hat sich seit 1911 vervielfacht. Wenn festgestellt worden ist, daß rund ein Viertel aller zur Zeit Studierenden aus „ersten Semeinern“ besteht, so ist damit ein weiteres Anhalten des Andranges erwiesen, und es erhebt sich die bange Frage, ob diese gewaltige Ausbreitung des Studiums der Vorkriegszeit gegenüber, dieser „Raubbau an unserem geistigen Nachwuchs“, berechtigt ist oder nicht!

Die Ursache für diese vom volkswirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkte unerfreuliche Erscheinung liegt hauptsächlich in der Ueberschätzung der formalen Schulbildung und in der Unvernunft zahlreicher öffentlicher und privater Arbeitgeber, auch für den nicht gehobenen Vorkurs die akademische Vorbildung zu fordern. Tut's nicht auch ein ehemaliger Volksschüler oder Mittelschüler, ein junger Mensch, begabt mit Mutterwitz und gesundem Menschenverstand? Nein, ein „Doktor“ muß es sein! So dekretieren es heute unsere postenvergebenden Bürokraten, nicht nur die in Amtsstuben des Reiches, der Länder und Gemeinden, sondern auch die in Unternehmerräumen. Und vergessen dabei gänzlich, daß gerade unter unseren führenden und ausschlaggebenden Männern in Politik und Wirtschaft sich sehr viele Nichtakademiker befinden, die, lediglich durch die Hochschule des Lebens gegangen, sich ihre Geltung und ihren Einfluß erobert konnten nur auf Grund von sachlichen Leistungen und von persönlichen Eigenschaften, die man eben auch nicht auf der Universität erwerben kann. Darum: Entlastung der Hochschulen und Verminderung des „akademischen Proletariats“ durch Befreiung der Auswüchse des Berechtigungsunwesens, das akademischen Nachwuchs auch da fordert, wo es sachlich unbegründet ist. Ein akademisches Proletariat, wie es durch die gegenwärtige Berufspolitik in Deutschland direkt gezüchtet wird, und der akademische Nachwuchs für die Höchstansforderungen wissenschaftlicher Arbeit, das bedeutet zweierlei, und nicht die Jungen, die nur erst Objekte der Berufspolitik sind, sondern wir selbst, die Fertigen, Bestimmenden, stehen vor der Wahl.

Der 12. Kongreß der christlichen Gewerkschaften hat sich mit den Auswüchsen des Berechtigungsunwesens eingehend befaßt und sich durch Annahme folgender Entschliebung gegen diese Ueberspannung der Schulvorbildung ausgesprochen:

„Der Kongreß erklart in den mehr und mehr zutage tretenden Auswüchsen eines überspannten Berechtigungsunwesens eine den Aufstieg der Arbeiterschaft hemmende Gefahr. Die schulischen Berechtigungen und Wissensbescheinigungen haben sich den Erfordernissen der Praxis anzupassen. Sie dürfen das Maß des

Zweckmäßigen nicht überschreiten. Tatsächliches Können und offenkundige Begabung sind neben der theoretischen Berechtigung als gleichwertig zu erachten; für das werktätige Leben müssen sie den Vorrang haben. Volksschule und Berufsschule sind gleichwertig neben die sogenannte höhere Schule zu stellen. Den Begabten ist die Möglichkeit zu geben, über die praktische Erlernung des Berufes und die Berufsschule die höheren Fachschulen und technischen Hochschulen zu besuchen und eine vollgültige Abschlußprüfung abzulegen. Die bereits vorhandenen Anlässe zu dieser Einschaltung der Berufs- und Fachschulen in das gesamte Schulwesen sind organisch auszubauen und mit der Erteilung entsprechender Berechtigung auszustatten. Wir verlangen eine Wertung der werktätigen Arbeit und ihrer Träger, die ihrer Bedeutung für das Volksganze entspricht.“

Die Erkenntnis von der Unhaltbarkeit der Ueberspannung der schulischen Vorbildung wächst allmählich auch in Nichtarbeitskreisen. Unter anderem sprach sich der Bund ehemaliger Mittelschüler auf seiner letzten Hauptversammlung in einer Entschliebung gegen den sogenannten Bildungssimmel aus, in der es u. a. wie folgt heißt:

„Von den verderblichen Auswirkungen dieses Berechtigungsunwesens werden vornehmlich betroffen:

A) Das deutsche Bildungswesen.

Nach den bindenden Vorschriften der deutschen Reichsverfassung Artikel 146 ist es Pflicht und Aufgabe der Regierungen des Reiches und der Länder, dafür zu sorgen, daß das niedere, mittlere und höhere Schulwesen organisch ausgestaltet werde.

Durch die ebenso einschneidende wie auf weite aufstrebende Schichten des werktätigen Volkes stark aufreizend wirkende Zuspitzung des Berechtigungsunwesens zu einem ausschließlichen Monopol der höheren Schulen haben aber gerade die Ministerien des Reiches und der Länder ausschlaggebend mit dazu beigetragen, das deutsche Schulwesen völlig zu desorganisieren. Durch die jedes normale Maß übersteigende Flucht aus der Volksschule ist das niedere Schulwesen in schwere Not geraten; das einst so blühende mittlere Schulwesen droht zu verkümmern; die höheren Schulen und damit fast das gesamte Hochschulwesen sowie nahezu alle akademischen Berufe leiden unter einer in der deutschen Weltgeschichte beispiellosen Inflation nur mäßig Begabter und sogar Unbefähigter, die zu den ernstesten Besorgnissen Anlaß gibt.

Durch das von den Verwaltungen des Reichs und der Länder in Reinkultur gezüchtete Berechtigungsmonopol der höheren Schulen werden alle diejenigen deutschen Staatsbürger, die andere Bildungswege gegangen sind, von dem unmittelbaren Eintritt in irgendwelche gehobenen Verwaltungslaufbahnen ebenso grundfänglich als verfassungswidrig ausgeschlossen. Demgegenüber verlangen wir gemäß Art. 128 der Reichsverfassung, daß alle Staatsbürger ohne Unterschiede nach Maßgabe der Gelehrte und entsprechend ihrer Befähigung und ihren Leistungen zu den öffentlichen Ämtern zugelassen werden; wir verwahren uns aber dagegen, daß im demokratischen Volksstaate Gelehrte oder Verordnungen zugelassen werden, die die Leistungen deutscher Staatsbürger und ihre Befähigung zur Bekleidung öffentlicher

Die Familie als Kraftquelle.

Von B. Hohe.

Unter den Erziehern des Menschen nimmt die Familie unstrittig den ersten Rang ein. Das kleine Kind ist ganz und gar in ihre Obhut gegeben; bis es zur Schule geht, wächst es völlig im Kreise der Familie auf. Sorgsam wachen manche Eltern darüber, daß es vor fremden Menschen und Einflüssen behütet wird, damit sie es ganz nach ihrem Herzen bilden können. Häufig wird das auch ziemlich gelingen. Wenn auch schon in den frühesten Jahren die Eigenheiten des kleinen Menschen zum Durchbruch kommen, wenn es selbst in der ersten Kindheit nicht an Kämpfen, oft heftigster Art, zwischen Eltern und Kindern mangelt, so ist doch so viel sicher, daß das Kind dem Vater- und Mutterherzen nie nähersteht, als in der frühesten Jugend. Da bildet sich bereits der zukünftige Mensch, da setzen sich die ersten Ringe der Persönlichkeit an. Es ist nicht nur daran zu denken, wie die Mutter das Kind lieblich betreut, sondern es empfängt auch die ersten geistigen und seelischen Eindrücke. Die Wohnstube mit ihren Dingen, das Vaterhaus, vielleicht ein Gärtchen dabei, wirken tagtäglich in gleicher, bleibender Weise und schaffen eine Menge von erlebten Vorstellungen. In der Familie wird die kindliche Seele in der mannigfaltigsten Weise genährt, die ewigen Grundzüge des Rechtes, des Guten werden in seiner Brust verankert, die allgemeinen menschlichen Tugenden, die mal jeder Mensch in erster Linie braucht, wie Zuverlässigkeit, Wahrheit, Treue, Pflichtgefühl, Fleiß, werden ihm frühe aneignet und zur zweiten Natur gemacht. Was also der

junge Mensch bis zum sechsten Jahre geworden ist, dankt er fast alles seiner Familie.

Das Kind wird größer und älter. Eine andere Macht teilt sich mit den Eltern in die Erziehung, die Schule. Der Lehrer wirkt durch Wort und Beispiel, die vielen Mitlehrer beeinflussen, die Strafe erzieht, die Bücher werden zur starken Bildungsmacht, so vielerlei ist dazu angetan, die Eltern vom Kinde zu scheiden. So manches bringen die Kinder von anderswoher, was wir Eltern ihnen nicht geben, sie beginnen ihre eignen Wege zu gehen. Aber dennoch bleiben sie in der Familie, dennoch wird diese weiter erziehen. Was das Kind in der frühesten Jugend geworden ist, hat bereits tiefe Wurzeln geschlagen, daran rütteln neue Mächte oft umsonst. Und die Eltern haben ja auch jetzt noch vielfach Gelegenheit, des Kindes Geist und Herz zu lenken, durchs Beispiel vorzuleben, auszurotten, was ein Feind an Unkraut ins Herz gesenkt hat. Das Vorbild im Hause, die gehörten Worte, Ton und Geist der Familie, alles das wird zur Erziehungsmacht, die noch immer sehr stark bleibt.

Selbst wenn der junge Mensch das Vaterhaus verläßt und allein in der Welt steht, wird der Geist der Familie noch in ihm nachwirken. Von Parzival erzählt der Dichter, wie er nach seinem Auszug aus dem Vaterhaus der Mutter Lehren nicht nur auf der Junge, sondern auch im Herzen trug, und wie manches junge Menschentum mag in der Fremde vor einem Fehltritt bewahrt geblieben sein, weil es zur rechten Zeit seines Vaters, seiner Mutter gedachte.

Als Kraftquelle gilt die Familie nicht nur fürs Kind, sondern auch den Eltern. Die Frau hat in der Familie ihr natür-

Nemter ganz einseitig und ausschließlich nach irgendeinem Schulzeugnis bemessen wollen.

B) Das deutsche Wirtschaftsleben.

Nach dem Erlass des Preussischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 26. 2. 20 sowie nach gleichgerichteten Verordnungen der Unterrichtsministerien anderer Länder hat die Schule die Aufgabe, ihre Schüler zur rechten Berufswahl zu erziehen. Es ist aber eine allgemeine wohlbekannte Tatsache, daß durch die Auswüchse des Berechtigungswesens eine Fülle von Berufswahlen verunstaltet werden. Durch die unheilvolle Uebersteigerung der Vorbildungsanforderungen streben Massen von Jugendlichen Bildungs- und Berufslaufbahnen zu, für die sie ihrer Natur nach völlig ungeeignet sind. Durch die Ueberspannung des Berechtigungswesens werden sie daran gehindert, die ihnen in Artikel 163 der Reichsverfassung auferlegte sittliche Pflicht zu erfüllen, ihre geistigen und körperlichen Kräfte so zu gebrauchen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert.

Die deutsche Wirtschaft klagt heute schon über einen empfindlichen Mangel an qualifizierten Facharbeitern. In den nächsten Jahren wird dazu noch ein katastrophaler Mangel an jugendlichem Berufsnachwuchs eintreten. Dieser Mangel wird noch dadurch verschärft werden, daß Massen des für die Wirtschaft dringend benötigten jugendlichen Berufserfahres in den mittleren und höheren Klassen der höheren Schulen festgehalten werden zwecks Erlangung der vorgeschriebenen Schulberechtigungen für die in wirtschaftlichen Krisenzeiten immer stark begehrten Beamtenlaufbahnen.

Aber weder das Beamtentum noch die rationalisierte Wirtschaft sind imstande, auch nur einen erheblichen Bruchteil dieser Ueberzahl von „Berechtigten“ aufzunehmen und, ihrer übersteigerten und überteuerten Schulbildung entsprechend, angemessen zu beschäftigen. So ist eine weitere Folge des Berechtigungswesens die, daß Unsummen deutschen Vermögens für ganz unproduktive Zwecke völlig nutzlos vergeudet werden.

Darum verlangen wir im Interesse der deutschen Volkswirtschaft, die diese Mittel mit schweren Mühen aufzubringen hat, Reduzierung des höheren Schulwesens auf seine wesentliche und ureigene Aufgabe: Heranbildung eines hochqualifizierten akademischen Nachwuchses nach Maßgabe des nationalen Bedarfs. Wir verlangen weiter stärksten Ausbau des Mittelschulwesens, das unmittelbar für die gesteigerten Bedürfnisse des praktischen Lebens erzieht. Wir verlangen endlich auch die Schaffung von beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten für tüchtige und strebsame Volksschüler.

C) Leben und Gesundheit des deutschen Volksstaates.

Der größte Schatz eines zukunftsstarken Volkes ist eine zahlreiche, gesunde Jugend. Die besten Voraussetzungen für ein gesundes Wachstum sind im allgemeinen gegeben im Schoße kinderreicher Familien. Durch das maßlos übertriebene Berechtigungswesen und die damit verbundene übermäßig verlängerte und überteuerte Schulausbildung sind aber gerade die wert-

vollsten und strebsamsten Familien buchstäblich gezwungen, ihre Kinderzahl aufs allerstärkste einzuschränken, wenn sie diesen wenigen oder dem einzigen diesigen Schulberechtigungen verschaffen wollen, ohne die ein beruflicher Aufstieg heute nahezu unmöglich ist. Diese Erscheinung aber ist der Anfang vom Ende im Leben eines Volkes und eines Staates.

Dazu gesellt sich die das Leben der Nation aufs schwerste bedrohende Gefahr der Heranbildung einer „akademischen Reservearmee“ größten Ausmaßes. Die verarmte und zu äußerster Sparsamkeit gezwungene deutsche Volkswirtschaft ist einfach nicht imstande, die Anzahl von Abiturienten, die in den schrankenlos ausgeweiteten höheren Schulen herangebildet werden, sowie die fast ebenso große Anzahl von Akademikern, die alljährlich die deutschen Hochschulen verlassen, so zu beschäftigen und zu entlohnen, daß sie freudige und zufriedene Staatsbürger werden. Im Gegenteil ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß dieses Heer von enttäuschten Intellektuellen, die sich um ihre Jugend, ihre Existenz und ihre ganze Zukunft betrogen fühlen, bereits im Laufe weniger Jahre zu einer staatspolitischen und nationalen Gefahr allerersten Ranges werden.

Darum verlangen wir, die wir uns für die Gesundheit des deutschen Volkes und das Leben des deutschen Staates in vollem Umfange mit verantwortlich fühlen, eine radikale Beseitigung des Berechtigungswesens in seiner jetzigen Form und eine wahrhaft demokratische Gestaltung der Laufbahnrücklinien.

In einer Entschliebung des zweiten Reichsjugendtages der christlichen Gewerkschaften wird gegen das Berechtigungswesen wie folgt Stellung genommen:

„Der Reichsjugendtag der christlichen Gewerkschaften sieht mit steigender Besorgnis eine Verschulungstendenz um sich greifen, die, verbunden mit einem unsinnigen Berechtigungswesen, dem praktischen Können, der praktischen Tüchtigkeit jegliche Wachstumsmöglichkeit zu verperzen droht.

Gegen eine solche Entwicklung wenden wir uns als christliche Arbeiterjugend mit aller Entschiedenheit.

Wir lehnen die Uebertreibung des Berechtigungswesens auch aus dem Grunde ab, weil durch eine überschätzte schulische Ausbildung, die mit dem späteren Beruf gar nichts oder nur sehr wenig zu tun hat, die besten Jugendjahre für die praktische Ausbildung verlorengehen.

Demgegenüber fordern wir die bestmögliche Ausgestaltung des Berufs- und Fachschulens.

Der Reichsjugendtag bittet den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, alle ihm tunlich erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen, um dem unheilvollen Berechtigungswesen Einhalt zu tun.

Die Arbeiterschaft hat alle Ursache, ihren ganzen Einfluß im politischen und wirtschaftlichen Leben gegen diese Ueberspannung der Anforderungen an die schulische Vorbildung einzusetzen. Die Entwicklung des Berechtigungswesens in den letzten Jahren klingt wie ein Hohn auf den Artikel 146 der Verfassung. Bezeichnend ist, daß gerade die Stellen, die in erster Linie berufen sind, den Geist der Verfassung zu verwirklichen, die Reichs-

liches Wirkungsfeld, und, von Ausnahmen abgesehen, wird sie nichts so beglücken und zum ganzen Menschen machen, als die Seele der Familie zu sein. Auch der Mann zieht reichste Kräfte aus dem Familienleben. Seine Kräfte wachsen ins Große, wenn er in seinem Beruf für Weib und Kinder schafft, wenn er ihnen nicht nur das Notwendigste erwirbt, sondern darüber hinaus auch zu ihrem Behagen beiträgt, wenn er die Zukunft seiner Kinder sichert, wenn er so für Geschlechter schafft. Wie mancher wirkt verhältnismäßig Großes, füllt seinen Platz gut aus, lediglich, weil die Rücksicht auf die Familie seinen ganzen Menschen erfährt und treibt. Wer aus der Berufsarbeit nach Hause kommt und daheim den Frieden und das Behagen eines geordneten Familienlebens genießen kann, wird sich glücklich fühlen. „Der ist der Glückliche, er sei ein König oder ein Geringer, dem in seinem Hause Wohl bereitet ist.“ Im Schoße der Familie, im Verein mit Menschen, die es gut und aufrichtig mit ihm meinen, verfließt vieles, was draußen drückte, er genießt die reinsten und unschuldigsten Freuden, es erklingen Saiten in ihm, die sonst schliefen, es vollendet sich in ihm erst das wahre Menschentum. Eine geeignete Stunde in der Familie, ein stiller Feierabend, eine Zwiegespräche mit der Frau, selbst die Sorgen des Tages oder gar die „liebe Not“ mit den Kindern, alles das wächst aus Herz, das wird zum täglichen Brot der Seele, macht stark und lebensmutig. So zieht der Mann aus der Familie tatsächlich die stärksten Kräfte, sie wird ihm zum Ansporn, zum Halt, und wenn er draußen im Beruf, unter den fremden Menschen seine Pflicht tut, sein Bestes leistet, strömen ihm die Kräfte dazu aus der Familie zu. Daher gilt es, diesen Born

des Segens unserm Volke rein und kräftig zu erhalten. Leider drohen dem Familienleben schwere Gefahren. Zum Teil liegen sie in der wirtschaftlichen Entwicklung begründet. Der Vater wird durch die so stark gewachsene Industrie der Familie viel entzogen. Oft sieht er seine Kinder nur, wenn sie noch oder schon schlafen, sein Einfluß geht demnach verloren und manche Freuden und Anregungen bleiben ihm verfaßt. Aber selbst die Mutter ist ja vielfach gezwungen, außer dem Hause einem Gewerbe nachzugehen, so daß die Kinder häufig nur sich selber oder dem zweifelhaften Einfluß der Gasse überlassen bleiben. Vom freudigen Behagen des Familienlebens geht dabei natürlich viel verloren. Wir müssen darnach trachten, daß wenigstens die Mutter stets dem Hause erhalten bleibt.

Bedauerlich ist es zum anderen, daß so manchen Eltern die Verantwortung für ihr wichtiges Amt als Erzieher abhanden gekommen ist. Wo die Kinder nicht von zu Hause das Beste fürs Leben mitbekommen, leiden sie viel leichter in den Stürmen des Lebens Schiffbruch. In der Regel sorgen zwar die Eltern mit Liebe für die geistige, körperliche und vor allem berufliche Ausbildung ihrer Kinder, sehen aber manchmal über die Charakterentwicklung hinweg und bedenken nicht, daß der Charakter, der reine und starke Wille im Leben ausschlaggebend ist. Schließlich ist unsere Ueberschrift eine ernste Mahnung an jedes Glied der Familie, seine besondere Pflicht zu tun, den andern zu verstehen und zu erfreuen, ihm das Leben im Hause leicht zu machen, damit die Familie in Wirklichkeit das sei, was sie sein kann und soll, ein Brunnen der Kraft.

Staats- und sonstigen Behörden, durch ihre überhöhten Anforderungen an die formale schulische Vorbildung der Beamtenanwärter der Wirtschaft mit dem schlechtesten Vorbild vorangehen sind. Geht diese Entwicklung so weiter, ist an einen sozialen Aufstieg der Jugend aus dem Arbeiter-, Angestellten- und unteren Beamtenstande nicht mehr zu denken.

Entschieden haben wir auch Stellung zu nehmen gegen die Forderung gewisser Beamtenverbände, nach einer umfassenden

schulischen Vorbildung der Anwärter für Beamtenstellungen, obgleich die jetzigen Inhaber der Stellen nicht diese Vorbildung aufzuweisen haben und doch ihren Dienst gut versehen. Allzu deutlich tritt hierbei das Bestreben in den Vordergrund, mit der Forderung nach höherer Vorbildung die Forderung nach Höhergruppierung begründen zu können.

Unserem Wollen, dem neuen Deutschland einen sozialen Inhalt zu geben, ist hier ein großes Betätigungsfeld gegeben.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Die Sozialversicherung ein natürliches Recht der Arbeiter.

Einem beachtenswerten Vortrage, den der Ministerialdirektor Grieser am 2. Oktober im Rundfunk gehalten hat, entnehmen wir folgendes: „Die Sozialversicherung wurzelt im natürlichen Rechte der Arbeiter, auch bei ungünstigen Wechseln in der Arbeit und im täglichen Leben Mensch zu bleiben. Sie ist organisierte Selbsthilfe auf Gegenseitigkeit. In ihr hilft der eine dem anderen, der Gesunde dem Kranken, der Junge dem Alten, der Starke dem Schwachen, der Glücklich dem Unglücklichen, der Ledige dem Verheirateten, der Kinderlose dem Kinderreichen. Mag auch der Familienschutz, den die Sozialversicherung gewährt, nur äußere Fürsorge sein, er ist mittelbar ein Beitrag zur Erneuerung der Familie und des Volkstums. Bei der Züricher Tagung der Internationalen Vereinigung für sozialen Fortschritt erntete Deutschland dafür die ungeteilte Anerkennung.“

Die Sozialversicherung hat den weiten Weg von der Medizin zur Hygiene zurückgelegt. Aus der ursprünglichen Spargemeinschaft wurde zugleich eine Erziehungsgemeinschaft. Eine Gemeinschaft gibt Rechte, sie begründet aber auch Verbindlichkeiten. Bloßer Zwang läßt kalt, gegenseitige Pflicht will anerkannt und bejaht, tief empfunden und willig getragen sein. An Energie, die Sünden gegen den Gemeinschaftsgeist zu bekämpfen, fehlte es nicht. Mißbräuche hängen nicht bloß an der Sozialversicherung, sie hängen an allen ähnlichen Einrichtungen. In der Steuergemeinschaft wird der Staat auch nicht immer mit vollendeter Ehrlichkeit bedient. Mißbräuche treten zurück, je mehr der Versicherungsbetrieb wie ein Familienbetrieb aufgefaßt wird, bei dem keiner mehr ist als der andere, bei dem jeder für den anderen verantwortlich ist.“

Der Gasverbrauch in den einzelnen Landesteilen

schwankt, wie aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, außerordentlich stark. Den höchsten Verbrauch weisen neben Berlin die drei Hanfsaaten und das rheinisch-westfälische Industriegebiet auf, während in dem stark agrarisch durchsetzten Gebiete der Verbrauch am schwächsten ist. In diesen letzteren Gebieten wird ohne Zweifel die Energieversorgung durch den elektrischen Strom, seiner billigeren Leitungsanlagen wegen, erfolgen. Ein weiteres Steigen des Gasverbrauches wird davon abhängen, inwieweit es der Gastechnik gelingt, die festen Brennstoffe zur Wärme-

erzeugung zu verdrängen. Bei der Licht- und Kraftversorgung sind die Gaswerke wirtschaftlich und technisch gegenüber dem elektrischen Strome endgültig ins Hintertreffen geraten und werden auch schwerlich diesen Vorsprung jemals wieder einholen können. Daran wird auch die Gasfernversorgung nicht ändern können.

Länder und Landesteile	Gasabgabe in 1000 cbm	Gasverbrauch je Kopf cbm	Anzahl der Gasanstalten
Anhalt	21 500	61	10
Baden	106 800	50	39
Berlin	648 230	153	9
Brandenburg	74 800	28	73
Braunschweig	17 600	35	10
Grenzmark	13 000	40	6
Hannover	128 800	40	67
Hessen	78 000	58	29
Hessen-Nassau	151 000	63	46
Hohenzollern	680	10	2
Lippe	4 700	28	6
Medl.-Schwerin	29 000	43	28
Medl.-Strelitz	3 200	29	4
Niederschlesien	134 250	43	78
Nordbayern	103 100	27	61
Oldenburg	17 800	33	14
Oberschlesien	29 100	21	31
Ostpreußen	63 500	28	56
Pommern	44 150	23	41
Rheinprovinz	533 700	74	147
Sachsen (Freistaat u. Prov.)	398 400	48	173
Schaumb.-Lippe	950	20	2
Schles.-Holstein	93 000	61	34
Südbayern	86 300	28	22
Thüringen	85 300	53	52
Westfalen	213 640	44	81
Württemberg	129 300	50	62
Bremen	59 000	174	1
Hamburg	175 200	152	3
Lübeck	18 000	140	1
Deutschland zus.	3 462 000	55,0	1 188

Arbeiterbewegung.

Konzentration in den freien Gewerkschaften.

Anfangs Oktober hatte der Verkehrsbund, der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Gärtnerverband einen außerordentlichen Verbandstag einberufen zwecks Beschlußfassung über die Verschmelzung dieser selbständigen Verbände zu einer Einheitsorganisation. Die seit Jahren schon gepflogenen Verhandlungen zwischen den drei genannten Verbänden waren in den letzten Monaten zum Abschluß gekommen, so daß die Verbandstage nur die Zustimmung zu den in allen Einzelheiten vereinbarten Bedingungen der Verschmelzung zu geben brauchten. Gegen eine verschwindende Minderheit wurde dann auch die Vereinigung beschlossen.

Die ursprüngliche Absicht, auch den freigewerkschaftlichen Eisenbahnerverband mit in die Verschmelzung hineinzuziehen, scheiterte an dem Widerstande, der sich in den Mitgliedertreffen dieses Verbandes zeigte.

Der Name der neuen Organisation lautet: Vereinigte Verbände der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen und des Personen- und Warenverkehrs, dem dann noch die bisherigen Titel der drei Verbände hinzugefügt werden.

Die neue Organisation zergliedert sich in sechs Reichsabteilungen für 1. Gemeindebetriebe und Verwaltungen, 2. Reichs- und Staatsbetriebe und Verwaltungen, 3. Handels-, Transport-, Kraftverkehr und diverse Betriebe, 4. Straßen-, Klein-, Hafen- und Verkehrsbahnen, 5. Post und Telegraphie, 6. Schifffahrt, Fischerei, Wasserwesen, Hafenbetriebe und Wasserbau.

Die Konzentration ist in der Hauptsache dem Willen entsprungen, der gewerkschaftlichen Organisation im Allgemeinen eine stärkere Stützpunkt zu geben, wobei auch der Gedanke, die durch Arbeitslosigkeit und Konjunkturschwankungen wenig be-

einfluhte, verhältnismäßig höhere Existenz der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe mit zur Unterstützung der sozialen Kämpfe in der Privatwirtschaft heranzuziehen, eine Rolle gespielt haben mag. Nicht zuletzt hat auch das Bestreben nach größerer Einflussnahme auf das politische Geschehen zu dieser Konzentration geführt. Öffentliche Betriebe und Verkehr werden nun einmal in besonderer Weise durch die politischen Verhältnisse sehr stark beeinflusst.

Wenn auch die Zusammenfassung der beruflich und in ihrem Arbeitsverhältnis wenig homogenen Arbeitergruppen in dem neuen Verbände nicht ohne Reibungen sich vollziehen wird, so werden doch diese Schwierigkeiten dort nicht unüberwindbar sein. Bei der mehr klassenmäßigen und weniger beruflichen Einstellung der sozialistisch erzogenen Arbeitnehmer ist dieses viel leichter, wie etwa bei unserer Kollegenschaft, wo der Berufsgedanke stärker in die Erscheinung tritt.

Trotzdem werden sich dort noch Reibungsflächen genug ergeben bei dem Versuch, so ungleichmäßige Gruppen, die weder beruflich noch hinsichtlich der Art ihres Arbeitsverhältnisses gleichgeartete Interessen haben, unter einen Hut zu bringen. Nicht zuletzt werden auch die kommunistischen Bestrebungen, die in letzter Zeit eine auffallend starke Aktivität entfalten, innerhalb der neuen Organisation mehr Angriffspunkte bekommen, wie es bisher in den einzelnen Verbänden, die viel eher in der Lage waren, den Geschehnissen und Vorkommnissen nachzugehen, der Fall war. Am 28. Oktober soll bereits ein großer Delegiertentag der revolutionären Gemeinde-, Staats- und Verkehrsarbeiter stattfinden.

Wenn wohl in Rücksicht auf diese Schwierigkeiten das Gerücht verbreitet wird, auch die christlichen in Betracht kommenden Verbände würden sich im nächsten Jahre der sozialdemokra-

Alten Einheitsorganisation anschließen, so wollen wir diese Dinge als ein Ausfluß der Unsicherheit ob der kommenden Entwicklung registrieren.

Mit diesem Zusammenschluß ist die Zahl der dem A. D. G. B. angeschlossenen Verbände, die ehemals 93 betrug, auf 33 zurückgegangen.

Aus dieser Entwicklung ergeben sich auch für die christlichen Gewerkschaften gewisse Schlußfolgerungen, die nicht unbeachtet bleiben dürfen.

Lohnbewegungen und Tarifverträge.

Bezirksarbeitsrat für Gemeinbedarft in Württemberg.

Der für Württemberg bisher gültige Bezirksarbeitsvertrag, der am 19. September 1927 abgeschlossen worden war, hatte Gültigkeit bis zum 30. September 1929. Er wurde zu diesem Termin von den Arbeitnehmerverbänden rechtzeitig gekündigt. Zum Neuabschluss des Tarifvertrages hatten sowohl der Arbeitgeberverband als auch die beteiligten Arbeitnehmerverbände eine größere Anzahl Abänderungsanträge gestellt. Die Verhandlungen waren im vergangenen Monate. Sie gestalteten sich sehr schwierig, weil der Arbeitgeberverband den Standpunkt vertrat, der Tarifvertrag habe durch eine jahrelange, in Verhandlungen gestaltete Entwicklung eine so gute Form erhalten, daß eine weitgehende Aenderung gar nicht notwendig sei. Besonders nachdrücklich lehnte der Arbeitgeberverband eine größere Verschiebung der Lohnklasseneinteilung und der Ortsklasseneinteilung ab. Trotz aller Bemühungen gelang es auch nicht, weitgehende Aenderungen herbeizuführen. Immerhin wurden einige Gemeinden um eine Ortsklasse höher eingereiht, ebenso auch einige kleinere Verschiebungen in der Lohnklasseneinteilung erzielt. Der Hauptkampf ging um die Neugestaltung des Lohnschlüssels. Der württembergische Bezirksarbeitsvertrag enthält einen Lohnschlüssel, der sich auf den Erlös aufbaut und in Prozentförmigkeit die Löhne angibt. Durch diese Art des Lohnschlüssels sind die Spannungen zwischen den einzelnen Löhnen infolge der wiederholt eingetretenen Lohnsteigerungen in verschiedener Beziehung zu groß geworden. Der Arbeitgeberverband wollte aber an diesem Lohnschlüssel trotz stundenlanger Verhandlungen nicht rütteln lassen. Schließlich einigte man sich dahin, den Bezirksarbeitsvertrag im allgemeinen bis zum 31. März 1932 abzuschließen, hiervon aber die Lohnstafel auszunehmen, so daß diese bereits zum 30. März 1930 kündbar ist. An diesem Tage läuft auch das Lohnabkommen ab, sodas dann anfänglich der dadurch notwendig werdenden Verhandlungen auch über die Gestaltung des Schlüssels verhandelt werden kann. Ueber die an sich nicht sehr zahlreichen Aenderungen im neuen Bezirksarbeitsvertrag sind unsere Mitglieder bereits unterrichtet worden. Die neuen Verhandlungen haben immerhin dazu geführt, daß die Verschlechterungsanträge des Arbeitgeberverbandes abgelehnt und verschiedene Verbesserungen erzielt werden konnten.

Bezirks- und Ortsgruppenberichte.

Die diesjährige Bezirkskonferenz für den Bezirk Frankfurt a. Main fand am 16. Oktober in Limburg statt. Nach der Begrüßung durch den Bezirksleiter Aug-Frankfurt am Main, des Vertreters der Hauptgeschäftsstelle, Kollege Mandyska-Köln, des Bezirksstellvertretenden, Kollege Müller-Limburg, und des Ortsgruppenvorsitzenden Kollege Schenk-Winburg, erteilte der Konferenzleiter Kollege Theis-Warburg dem Bezirksleiter das Wort zum Geschäftsbericht 1928/29. Aus ihm war zu entnehmen, daß sich die bei der vorjährigen Konferenz in Wiesbaden ausgesprochene Hoffnung auf eine günstigeren Entwicklung der Wirtschaft nicht erfüllt hat, trotz des Winters, der darin besteht, daß die Produktionsziffern in den einzelnen Wirtschaftszweigen zum Teil Rekordziffern darstellen. Der steureiche Winter hat die große Arbeitslosigkeit gefördert. Aber nicht nur das Naturereignis war es, das die Wirtschaftslage geschaffen hat. Einen großen Teil verdanken wir immer noch den Nachwirkungen des verlorenen Krieges. Dabei müssen wir feststellen, daß die Kreise, die eigentlich mit uns das Schicksal gemeinsam tragen sollten, in die angenehme Lage verfallen sind, infolge der fortschreitenden Nationalisierung die Kosten auf die arbeitnehmenden Massen abzuwälzen. Die Beuten heißen die Hunde. Das Jahr 1928/29 war ein Jahr des Kampfes. Dabei ging es nicht nur um ein paar Pfennige mehr oder weniger Lohnerhöhung, sondern um die ganze seither geflozene Sozialpolitik und gegen das Schlichtungswesen. Es ging gegen das Prinzip: Einer für alle und alle für einen. Es ging um die Abwälzung der Belastungen auf die Schultern der Schwächeren. So war die Verdrängung eine Zeit des Abwehrkampfes. Das spricht sich auch in unserem engeren Verbandsleben aus. Der A. D. G. B. konnte zum Abschluß gebracht werden. Die Verhandlungen über den A. D. G. B. sind noch in Schwelbe. Die Ergebnisse der letzten Lohnbewegungen sind bekannt. Auch die Reichsarbeiter haben diesmal z. T. eine kleine Aufbesserung ihres Lohnes zu verzeichnen. Ein heftiger Kampf tobte zur Zeit um das Recht der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden, der allzu deutlich das Interesse gewisser Kreise zu Tage treten läßt, Kreise, die vor dem Krieg das Recht der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden besonders in Monopolbetrieben unumwunden anerkannt haben. Selbstverständlich hat man keine Lust, nach den Wohlfahrtsbetrieben, wie Krankenanstalten etc. seine Hände auszustrecken. Bedauerlich ist, daß unsere sozialistischen Freunde in diesem Kampfe um die Betriebe der Gemeinden so oft umfallen. Auch bei der Allgemeinverbindlichkeitserklärung wird z. B. der Einfluß und der

Kampf der Wirtschaftskreise gegen die Gemeindebetriebe fühlbar durch den Einpruch des Bundes der Arbeitgeberverbände. Auf organisatorischem Gebiete ist ein großer Fortschritt zu verzeichnen. Hat der Verband im ganzen Reich zugenommen, so ist eine beträchtliche Zahl auch auf unser Verbandsgebiet entfallen. Ueber 300 Mitglieder wurden neu hinzugewonnen. Auch im kommenden Jahre muß eine rege Werbeltätigkeit entfaltet werden. Sehen wir im Kampfe der sozialistischen Gewerkschaften — gegen die doppelte Front der Kommunisten und Nationalsozialisten — als Gewerkschaftserbe nicht untätig zu. Aus diesem Streite gilt es, als starke Berufsorganisation der Nebenzeugten und Bernünftigen hervorzugehen.

Das Referat wurde noch durch tabellarische Übersichten über die Verhandlungstätigkeit, den Schriftverkehr, den Stand der Löhne, die Mitgliederbewegung usw. ergänzt. Wir entnehmen daraus: Mitgliederbestand 1928: 1157; 1929: 1486. Verhandlungs- und Versammlungstätigkeit der Bezirksleitung: 265 Termine. Schriftverkehr: Eingang an Briefen usw. 4056; Ausgang an Briefen usw. 1802; gesamt 5858.

An das Referat schloß sich eine rege Diskussion, die sich besonders mit Fragen aus dem neuabgeschlossenen A. D. G. u. B. beschäftigte.

Am Nachmittag behandelte Kollege Mandyska aus Köln das Thema des Prof. Brauer auf dem 12. Kongress der Christl. Gewerkschaften: die Kulturjungend der deutschen Gewerkschaften, das zwar den meisten Delegierten aus den Tages- und Verbandszeitungen bekannt war, das aber in den Darstellungen des Vortragenden und in der Sprache des wertwürdigen Volkes doppelt zu Herzen ging. Mandyska verstand es, den Akademiker meisterhaft zu interpretieren.

Das Ergebnis beider Konferenzen hat die Delegierten und Teilnehmer vollauf befriedigt. Auch die sehr große Besucherzahl — es war eine Rekordzahl — hat den nötigen Resonanzboden geschaffen. Der Abend vereinte die Delegierten mit den Ortsgruppenmitgliefern in Limburg in frohlichem Kreise. Möge das Geleitete gute Früchte bringen!

Vertrauensmännertagung in Oppeln.

Für den Bezirk Oberschlesien fand am 29. 9. eine Vertrauensmännertagung in Oppeln statt, welche von den Ortsgruppen sehr gut besucht war. Zu Punkt 1 sprach Kollege Schönfeld-Gleiwitz über die Lage unseres Verbandes in Oberschlesien. Der Redner ging aus von unserer letzten Vertrauensmännertagung im September 1928 in Reife und stellte mit Genehmigung fest, daß seit einem Jahre der Verband in Oberschlesien beträchtlich gewachsen ist. Es gelang uns in Kr.-Strehlitz, Timadau, Ratibor, Deutben und Guttenberg neue Ortsgruppen zu gründen, von welchem einige einen ganz beträchtlichen Aufschwung genommen haben. Für die Zukunft müsse in bezug auf Agitation noch mehr geschehen, da noch eine große Anzahl unorganisierter städtischer Arbeiter, sowie auch Arbeiter bei den Kreisverwaltungen und der Provinz vorhanden sind. Der Redner behandelte dann noch Verwaltungsangelegenheiten der einzelnen Ortsgruppen.

Anschließend an das erste Referat sprach Kollege Kupfer-Breslau über „Die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen für den Provinzial-Landtag, für die Kreistage und für die Stadtverordnetenversammlungen“. Der Redner bemerkte mit Recht, daß die Arbeitnehmerkraft in den letzten Jahren viel zu wenig politisch aktiv tätig war. Wir haben daher nicht immer Grund, über einzelne politische Parteien zu schimpfen, wenn sie nicht alles so getan haben, wie wir es gern haben wollten. Die Arbeitnehmerkraft müsse sich darüber im Klaren sein, daß außer dem Verbands auch die politischen Parteien zur Erreichung unserer Ziele erforderlich wären. Kollege Kupfer behandelte dann weiterhin die Stadtfrage, vor allem in den Städten und gab der Hoffnung Ausdruck, daß in den einzelnen Parlamenten mehr Arbeitnehmervertreter einzutreten, damit die Belange der christlichen Arbeitnehmer besser gewahrt werden. Die christliche Arbeitnehmerkraft muß politisch so weit gezogen sein, daß sie am 17. November d. J. von ihrem Wahlrecht auch Gebrauch macht, damit diejenigen Parteien, die sich bisher für die Forderungen und Ziele der christlichen Gewerkschaftsbewegung eingesetzt haben, aus diesem Wahlkampf als Sieger hervorgehen.

Nach diesen beiden Referaten setzte eine lebhaft Diskussions ein. Die Redner betonten hauptsächlich, daß sie für eine weitere Erhaltung unseres Verbandes in Oberschlesien sich voll und ganz einsetzen werden.

Nach der Mittagspause ergriff nochmals Kollege Schönfeld-Gleiwitz das Wort über „Unsere Aufgaben in der nächsten Zeit.“ Der Redner kam auf die örtlichen Verhältnisse in den einzelnen Ortsgruppen zu sprechen. Es gibt auch heute immer noch Kommunen, welche die Tarifverträge zu durchbrechen suchen. Ein trauriges Beispiel hierfür ist die Stadtgemeinde Reife und Oppeln. Unsere Betriebsräte und Vertrauensleute müssen mehr wie bisher auf die Überwachung der Tarifverträge bedacht sein, um notwendigefalls durch das Arbeitsgericht die Tarifverträge zur Durchführung zu bringen. In bezug der Rubelohnordnung für die städtischen Arbeiter wird festgestellt, daß außer der Stadt Gleiwitz noch keine weitere Stadtgemeinde die Pensionstufe für die städtischen Arbeiter zur Durchführung gebracht hat.

Frankfurt a. M. Unser Kollege Anton Kotschenreuter feierte am 4. Oktober d. J. sein 25jähriges Dienstjubiläum beim städtischen Ruhepark. Wir wünschen dem Jubililar für die Zukunft alles Gute. Vor allem hoffen wir, daß er auch in dem kommenden Bistelljahrhundert seine berufliche Erfahrung in seinem persönlichen Interesse und in dem seiner Kollegen seinem Verbands in aller Treue wie früher zur Verfügung stellt, wo für die vergangene Zeit an dieser Stelle der Dank ausgesprochen sei.

Nürnberg. Am 12. Oktober fand eine gut besuchte Versammlung unserer Ortsgruppe statt, in der Herr Stadtrat Sommer über die städtische Arbeiterkraft und ihr Arbeitgeber referierte. Ein anschauliches Bild von der Zusammenfassung des Stadtrates Nürnberg von der Vorkriegszeit bis nach den Stadtratswahlen von 1925 wurde von dem Referenten gegeben. An Hand verschiedener Beispiele wies der Referent nach, daß die Aufgaben der Stadt Nürnberg besonders in den letzten Jahren gewaltig gestiegen seien, was besonders bei der Auffstellung des Wals im Auge falle. Hat doch der Etat der Stadt Nürnberg im Jahre 1929 schon den Betrag von 100 Millionen überschritten. Durch Umverteilungen hat nicht nur die Stadtorgane eine Erweiterung erfahren, es liegen auch zu gleicher Zeit die Verpflichtungen der Stadt gegenüber den einverleibten Vororten. An Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke werden Anforderungen gestellt, die sich vor Jahren noch nicht in ihrem ganzen Aus-

maße übersehen liegen. Auch das Verkehrswesen mußte sich, wenn es seinen Zweck erfüllen soll, den neuen Verhältnissen anpassen. In gleichen Maße sind die Aufgaben der übrigen Stadt. Werte festlegen. Daß dabei auch an die Arbeiterschaft größere Anforderungen gestellt werden, ist nicht zu vermeiden. Andererseits obliegt der Arbeiterschaft die Pflicht, durch ihren Verband dahin zu wirken, daß auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse entsprechend geregelt werden. Zur Stärkung der christlichen Gewerkschaften beizutragen, muß Aufgabe der städtischen Arbeiterschaft sein.

Die anderthalbstündigen Ausführungen des Referenten wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Die Diskussion zu den Ausführungen war eine sehr lebhaft. Die ergänzenden Ausführungen des Kollegen Vorschert, der auch zugleich Herr Stadtrat Sommer den Dank für sein entschiedenes Eintreten im Stadtrat für die städtische Arbeiterschaft zum Ausdruck brachte, haben manche Auffklärung gebracht.

Mit einem warmen Appell an die Mitglieder, zur Stärkung unserer Reihen beizutragen, konnte der Vorsitzende Palmer die schon verlaufene Versammlung schließen.

Braunsberg (Ostpr.). Unsere Ortsgruppe Gemeindegewerkschaftler hielt am 12. d. M. eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Koll. Hausstein gab Bericht über die stattgefundene Betriebsratsprüfung. Es ist gelungen, daß Anstalten des Magistrats, drei Arbeiter der Kammerlei zur Entlassung vorzuschlagen, abzuwehren, indem zwei vorübergehend beschäftigte Kollegen dafür vorgeschlagen wurden. Der Vorsitzende, Kollege A. Lau, gab dann an Hand von Zeitungsberichten einen aufmerksam angehörten Bericht über den Verlauf des 12. Kongresses der Christlichen Gewerkschaften in Frankfurt/Main. Darauf erhielt Koll. Hamann das Wort zu seinem Vortrag: „Die gegenwärtige Lage“. Der Redner unterzog darin die wichtigsten Vorkommnisse der Gegenwart einer sachlichen Würdigung. Ausgehend von der Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen für die Gemeindegewerkschaft, behandelte er die Auswirkungen der Skandal-Affäre. Zugewanderte haben es verstanden, durch Wiltzschke sozialistischer und kommunistischer Beamten nicht nur die Stadt Berlin, sondern auch die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger um Millionen zu betrügen. Dieser Vorfall zeigt deutlich, welche Zustände in einer unter sozialistisch-kommunistischem Einfluß stehenden Stadtverwaltung möglich sind. Anschließend gab er einen kurzen Überblick über den Kampf um die Arbeitslosenversicherung und nannte die nunmehr neu eingetretenen Veränderungen. Ueber den Tod des deutschen Außenministers Dr. Stresemann und die dadurch entstandene innen- und außenpolitische Lage, kam er auf die Auseinandersetzungen um das Volksbegehren zu sprechen. Abschließend erwähnte er noch die Zusammenlegung einiger sozialistischer Verbände, und wies besonders auf die für die Mitglieder des sozialistischen Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes eintretenden Verschlechterungen der Leistungen der kommenden „Großorganisation“ hin.

Unter Verschiedenes wurde angefragt, wie weit die Vorarbeiten für die Einrichtung einer Altersunterstützungskasse gediehen seien. Die Einrichtung einer derartigen Kasse, nach Möglichkeit schon zum 1. Januar 1930, wurde als dringend notwendig bezeichnet. Mit einem kurzen aufmunternden Schlusswort schloß Koll. Lau die anregend und interessant verlaufene Versammlung.

München. In unserer am 11. Oktober abgehaltenen Vierteljahresversammlung hielt Herr Stadtrat Lutz einen Vortrag über „Arbeiterschaft und Gemeindeverwaltung“, dessen Inhalt die Mitglieder ganz besonders interessierte.

Der Referent betonte, daß hauptsächlich die Arbeiterschaft sich mit den Vorgängen in der Gemeindeverwaltung vertraut machen müsse. U. a. sei einer der wichtigsten Zweige dieser Verwaltung das Wohnungswesen. Das Münchener Bauprogramm, das der Bau von 12 000 Wohnungen umfaßt und das innerhalb dreier Jahre erfüllt sein soll, erfordert einen Kapitalaufwand von 180 Millionen Mark. Die Wohnungsnot ist groß; obwohl seit dem Jahre 1925 8500 Wohnungen gebaut worden sind, sind immer noch 12 000 Wohnungssuchende vorhanden, deren Unterbringung den größten Schwierigkeiten begegnet. — Für die Wohlfahrtspflege Münchens, ein Kapitel, an dem die Arbeiterschaft stärkstens interessiert ist, mußten im Jahre 1928 28 Millionen Mark aufgewendet werden. Ein Gehalt der Münchener Bevölkerung, nämlich 80 000, stehen in öffentlicher Unterstüttung. — Der Straßenausbau und die Bewältigung des immer mehr anschwellenden Verkehrs erfordern ebenfalls ungeheure Summen. Der Etat der Stadt München ist mit 300 Millionen Mark veranschlagt und ist diese Summe vielfach noch zu gering. Man sagt, München sei überschuldet. Der Referent bewies aber an Hand der geschaffenen Vermögenswerte, daß dies nicht zutrifft. Als Arbeitgeber ist die Stadt München beteiligt an der Beamtenbesoldungsordnung für die Beamten und für die Angestellten und Arbeiter an den zuständigen Tarifverträgen.

In der Aussprache wurde seitens der Mitglieder das Wirken des Stadtrats im Wohnungswesen anerkannt, doch sei auch dafür Sorge zu fragen, daß die Mietpreise erniedrigt werden. Sie sind für die Arbeiter fast unerträglich. — Als große Ungerechtigkeit wurde der Unterschied zwischen dem Gehalt eines unteren ungelerten Beamten und dem eines, nach Tarifvertrag entlohnten, gelerten Handwerkers empfunden. Ein Beamter, der z. B. als Bürodiener Verwendung findet, hat ein um 40—60 RM. höheres Einkommen, als ein gelernter gut qualifizierter Handwerker, ganz abgesehen von den Kinderzuschlägen von 6 RM. für die Arbeiter und 20—30 RM. für die Beamten. — Auch wurden die Einstellungsgrundlagen scharf kritisiert, die teilweise unsozial und ungerecht sind und über die Art des Einstellungsverfahrens Auffklärung verlangt. — Klage wurde auch über die Behandlung, besonders weiblicher Arbeitnehmerin geführt, wobei das Wort vom „Dinauschmeißen“ und ähnliches gang und gäbe ist.

In seinem Geschäftsbericht für das 3. Vierteljahr konnte Gewerkschaftssekretär Sauer mann einen weiteren günstigen Ausfall des Verbandes feststellen. Weiter berichtete er über die Lohnbewegung in den Sanatorien und über die Kündigung des Manteltarifvertrages der Gemeindegewerkschaft. Ferner verwies er darauf, daß die Sitzungen der Jugendvereine für die Reichs- und Staatsarbeiter ausgedehnt werden, berichtete über die Vertiefung des Arbeitsvertrages, sowie über die Auslegung einzelner Satzungsbestimmungen. — Auf die Teil-

nahme in den Unterrichtskursen, sowie den am Freitag, den 25. Oktober im Löwenbräukeller stattfindenden Münchener Abend, wurde ebenfalls hingewiesen.

Mannheim. Die n. s. j. b. l. u. m. Unser Verbandsmitglied, Kollege Karl Volsch, feierte am 1. Oktober 1929 sein 25jähriges Dienstjubiläum bei der Stadt Mannheim. Am 1. Oktober 1904 kam Kollege Volsch als Antkeiler (Kardoberier) zum Nationaltheater in Mannheim. 25 Jahre hat dieser Kollege in vorbildlicher Weise seine Pflicht getan. Gewerkschaftlich war Kollege Volsch ebenfalls immer im Sinne der christlichen Gewerkschaften tätig. Er war es, der in Mannheim den christlichen Schneiderverband einführte. Später kam er dann zu unserem Verbände.

Wir wünschen diesem Kollegen, der nun am 4. November 1929 64 Jahre alt wird, daß er noch recht lange in voller Rüstigkeit seinen liebgeordneten Dienst versehen kann und daß er einen angenehmen Lebensabend genießen möge.

Ratibor. Am 5. Oktober fand eine Mitgliederversammlung statt, die gut besucht war. Nach Erledigung von geschäftlichen Angelegenheiten sprach Kollege Schönfeld über „Die Bedeutung der bevorstehenden Kommunalwahlen.“ Er streifte besonders das Gebiet der Finanz-, Sozial- und Kulturpolitik innerhalb der Gemeinden und brachte auch manche scharfe Kritik an derselben zum Ausdruck. Es müsse unsere Aufgabe sein, in politischer Beziehung mehr aktiv zu werden, damit wir in den politischen Parteien einen starken Einfluß gewinnen, um so unsere Wünsche und Ziele besser durchdrücken zu können. Ein treffendes Beispiel hierfür sei die Einführung der Ruheordnungsordnung für die städtischen Arbeiter. Die Arbeitnehmerschaft in Ratibor müsse sich darüber im Klaren sein, daß die einigen Sozialisten, welche im Stadtparlamenten sitzen, niemals die Macht haben werden, die Pensionskasse zur Durchführung zu bringen, wenn nicht die anderen großen politischen Parteien mitmachen. Wir hatten bisher in Ratibor keinen Einfluß auf die örtlichen Parteiverhältnisse gehabt, weil wir noch vor kurzer Zeit keine Mitglieder dort hatten. Jetzt müsse aber mit allen Mitteln das Versäumte nachgeholt werden. In gewerkschaftlicher, wie auch politischer Beziehung müssen wir voll unsere Pflicht erfüllen. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde hingewiesen, daß in einzelnen Betrieben gelehrte Handwerker den Lohn nach der Angehörtengruppe erhalten. Kollege Schönfeld versprach hier Abhilfe zu schaffen und sich an die zuständigen Stellen zu wenden.

Neustadt O/S. Am 6. Oktober fanden für die Ortsgruppe Neustadt zwei Versammlungen statt. Vormittags in Oberglogau für die Straßenvorwärtler, nachmittags in Neustadt für die Reichs- und Gemeindegewerkschaftler. Kollege Schönfeld sprach in beiden Versammlungen über die Bedeutung der bevorstehenden Kommunalwahlen, und bat unsere Kollegen dringend, sich auch mehr in politischer Beziehung zu betätigen. Sowohl für die Stadtverordnetenwahl in Neustadt, als auch für den Kreisstag in Neustadt, gelang es uns, je einen Vertreter unseres Verbandes als Kandidaten aufzustellen. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurden über die Betriebsverhältnisse mehrfach Klagen geführt.

Büchertisch.

Die Kulturendung der deutschen Gewerkschaften. Vortrag von Prof. Dr. Th. Brauer, gehalten auf dem 12. Kongress der Christlichen Gewerkschaften in Frankfurt/Main. Christlicher Gewerkschafts-Verlag Berlin-Wilmersdorf.

Wenn Brauer zu uns spricht, horcht die ganze Bewegung auf. Da er selber Arbeitnehmer war und hauptsächlich in der Gesamtbewegung tätig gewesen ist, weiß er insollgedessen, trotzdem er jetzt Univeritätsprofessor ist, sehr gut die Bedeutung und Notwendigkeit gerade unserer Bewegung zu schätzen und gesunde Anregungen zu geben für eine weitere Entwicklung. Was Brauer uns in diesem Vortrag zu sagen hat, soll jeder Kollege Wort für Wort durchlesen und weitgehendst verbreiten helfen.

Preis einzeln 30 Pf., einschließlich Porto. Bei Mehrbezug 25 Pf., einschließlich Porto. Postcheckkonto: Berlin 42229. Voreinsendung erwünscht.

Gedentafel



Gestorben sind die Kollegen:

Wlh. Baudis, Breslau	28. 9. 29
Gottfr. Jakobs, Düsseldorf	28. 9. 29
Peter Schwiffer, Brihl	2. 10. 29
Wlh. Franken, Aachen	3. 10. 29
Freih. Holzappel, Köln	5. 10. 29
August Eder, München	10. 10. 29
Karl Randler, Wiesbaden	12. 10. 29

Ehre ihrem Andenten!

Redaktion u. Verlag Heinrich Cismann, Köln, Mülicher Str. 27.
Rotationsdruck: Kölner Gdrres-Gaus G. m. b. H., Buchdruckerei
Köln, Neumarkt 18a—24.